

informationen

der mobilen Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Liebe LeserInnen, Liebe FreundInnen,

fünf bis sechs rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten pro Monat hat die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt durchschnittlich im vergangenen Jahr registriert. Seit Jahresbeginn 2004 erfuhren die Mobile Opferberatung und ihre Kooperationspartner von 25 Gewalttaten gegen MigrantInnen und Asylsuchende, nicht-rechte und alternative Jugendliche, Obdachlose und PassantInnen durch rechte Angreifer. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu unterstützen und zu beraten, damit sie die Angriffsfolgen überwinden können – das ist seit zwei Jahren Arbeitsschwerpunkt des Projekts. Dazu gehört beispielsweise psychosoziale Beratung, Unterstützung bei der Suche nach RechtsanwältInnen und PsychotherapeutInnen sowie Begleitung bei Behördengängen oder während eines Ge-

richtsverfahrens. Die Beratung ist grundsätzlich parteiisch für die Betroffenen, freiwillig und auf Wunsch anonym. In den regionalen Anlaufstellen Halle, Halberstadt, Magdeburg und Salzwedel haben die vier MitarbeiterInnen des Projekts feste Sprechzeiten. Überwiegend sind die BeraterInnen jedoch vor Ort in Sachsen-Anhalt unterwegs.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts ist die Beratung, Unterstützung und Vernetzung (potenziell) Betroffener und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Gemeinsam zu intervenieren und gesellschaftliche Solidarisierungsprozesse mit den Opfern zu initiieren, setzt den Tätern Grenzen und durchbricht die Isolation der Betroffenen. Dabei können Sie/können Ihr uns unterstützen:

- indem Sie/Ihr die Mobile Opferberatung informiert, wenn

Sie/Ihr von einem rechtsextrem, rassistisch oder antisemitisch motivierten Angriff erfahrt. Auf Wunsch behandeln wir die Informationen vertraulich und beraten anonym;

- indem Sie/Ihr unser Beratungsangebot bekannt macht;
- indem Sie/Ihr die Initiative zur Unterstützung von Betroffenen ergreift.

Um die Öffentlichkeit und politisch Verantwortliche zu sensibilisieren, dokumentiert die Mobile Opferberatung das Ausmaß rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Auf der aktualisierten Website www.mobile-opferberatung.de publizieren wir eine fortlaufende Chronik von Fällen, die uns bekannt werden, und informieren über Prozesse und Veranstaltungen. Und sechs Mal im Jahr veröffentlichen wir die „informationen“, deren erste Ausgabe Sie/Ihr jetzt in den Händen haltet.

getragen von:

**Miteinander**
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert von:

**SACHSEN-ANHALT**
Landeszentrale
für politische Bildung

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen von

**CIVITAS**
HEUTE GIBT ES KEINE POLITIKERINNE NACH DEM WEIßEN HAARZUG

mobile Beratung
für Opfer rechtsextremer Gewalt

Salzwedel

Mobile Beratung
für Opfer rechtsextremer Gewalt
Postfach 2125; 29403 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31
Funk: 0170/2 90 41 12
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Magdeburg

Koordination und Projektleitung
Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10
Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00
Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Halle

c/o Blickpunkt Opfer
Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51
Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteiisch.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Plötzlich flogen Steine, Flaschen und Dachziegel

Prozess gegen Rechtsextremisten wegen des Überfalls auf ein soziokulturelles Zentrum in Halberstadt beginnt im April

1. Januar/Magdeburg:

Zwei irakische Migranten und ein Russlanddeutscher werden in einem Bowling-Center von einer 15 bis 20-köpfigen Gruppe rassistisch angepöbelt und angegriffen. Der Russlanddeutsche wird durch eine Flasche am Kopf verletzt, einer der Iraker erleidet eine Handverletzung. Die Opfer können die Polizei verständigen, die aber lediglich die Personalien eines Angreifers aufnimmt.

10. Januar/Dessau:

Am Hauptbahnhof kommt es zu einer Hetzjagd auf einen alternativen Jugendlichen. Rund 20 Neonazis bedrohen den Jugendlichen zunächst verbal. Als der Betroffene flieht, verfolgen ihn die teilweise verummten Neonazis. Der Betroffene kann entkommen.

15. Januar/Dessau:

Ein alternativer Mann aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst wird in den Abendstunden von Neonazis im Hauptbahnhof angegriffen. Mehrere Schläge treffen den Mann im Gesicht. Wenig später wird in der Haupthalle des Bahnhofs ein alternativer Jugendlicher von ca. sieben Neonazis zusammen geschlagen.

Am 1. April beginnt vor dem Amtsgericht Halberstadt der Prozess gegen sechs Rechtsextremisten, denen vorgeworfen wird, in der Nacht vom 16. August 2003 an einem schweren Überfall auf das soziokulturelle Zentrum ZORA e.V. in Halberstadt beteiligt gewesen zu sein. Die Anklage gegen die Männer im Alter von 16 bis 31 Jahren lautet u.a. auf gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch. Bei dem neonazistischen Angriff auf die ZORA war ein 21-jähriger Konzertbesucher schwer verletzt worden. Im Vorfeld verharmlost Oberstaatsanwalt Helmut Windweh die politische Motivation der Täter gegenüber den Medien.

Mit dem Angriff auf das soziokulturelle Zentrum ZORA in Halberstadt geriet die 40.000 Einwohnerstadt am Rande des Südharz erneut in den Blickpunkt der Medien. Am Vorabend des rechtsextremen Rudolf-Hess-Gedenkmarsches in Wunsiedel griff ein Dutzend Aktivisten der extremen Rechten gegen 3 Uhr nachts BesucherInnen der ZORA an. In dem soziokulturellen Zentrum war gerade ein Ska-Konzert mit rund siebzig BesucherInnen zu Ende gegangen. Für die Zeuginnen begann der Angriff völlig unvermutet: „Plötzlich flogen Steine, Flaschen und Dachziegel“, erinnert sich ein Anwesender. Ein 21-jähriger Konzertbesucher erlitt schwere Gesichtsverletzungen, als die Rechten ihn mit Bierflaschen und Zaunlatten ins Gesicht schlugen. Der behandelnde Notarzt stellte fest, dass die Verletzungen des Betroffenen lebensbedrohliche Komplikationen nach sich hätten ziehen können.

Während die Polizei in den folgenden Tagen in ihren Pressemitteilungen lediglich von einem schwer verletzten Opfer sprach, erfuhr die Mobile Opferberatung von einem zweiten Opfer der rechtsextremen Angreifer. Der Betroffene war den Rechten im Vorfeld des Angriffs zufällig auf der Straße begegnet und wurde ohne ersichtlichen Grund mit einer Bierflasche ins Gesicht geschlagen. Zudem wurde bekannt, dass einige der mit Zaunlatten bewaffneten Rechten

ebenfalls im Vorfeld des Angriffs auf die ZORA versucht hatten, gewaltsam in ein alternatives Wohnprojekt einzudringen. Dieser Angriff scheiterte allerdings.

Der Prozess vor dem Amtsgericht Halberstadt

Ein Dreivierteljahr nach dem Angriff beginnt nun am 1. April der Prozess gegen sechs mutmaßliche Tatbeteiligte. Zunächst sind zwei Prozesstermine angesetzt für den 1. April und den 6. April 2004. Die Mobile Opferberatung wird den Prozess beobachten; Informationen über die weiteren Ereignisse werden auf der Website veröffentlicht.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten im Alter von 16 bis 31 Jahren u.a. gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch vor. Einige von ihnen sind einschlägig wegen Körperverletzungsdelikten vorbestraft. Der 31-jährige Angeklagte Peter K. ist zudem als Sänger der neonazistischen Band „SSA - Skinheads Sachsen Anhalt“ aus Halberstadt bekannt. Bei einer Wohnungsdurchsuchung wurde bei ihm u.a. mehrere SSA-CDs mit dem Titel „Der Kampf hat begonnen“ beschlagnahmt. Zwei Wochen nach dem Angriff auf die ZORA beschlagnahmte die Polizei bei einer weiteren Durchsuchungsaktion gegen andere mutmaßliche SSA-Mitglieder u.a. Neonazi-CDs, Hitlerfiguren, mehrere Hakenkreuzfahnen sowie größere Mengen an rechtsextremem Propagandamaterial. Trotzdem behauptete Oberstaatsanwalt Helmut Windweh im Vorfeld verharmlosend, die politische Dimension der Tat könne „derzeit wohl eher in Schnaps- und Biergläsern gemessen werden“.

Die Neonaziszene in Halberstadt - drei Generationen extremer Rechter

Schon Anfang der 1990er Jahre gehörte Halberstadt zu jenen mittelgroßen Städten in der Harzregion mit einer ausge-

prägten neonazistischen Szene. Halberstädter Neonazis beteiligten sich an den mehrere Tage andauernden Angriffen gegen das Flüchtlingsheim im nahegelegenen Quedlinburg im September 1992. Busladungen von Neonazi-AktivistInnen aus Niedersachsen griffen bis Mitte der 1990er Jahre gemeinsam mit Halberstädter und Quedlinburger Neonazis mehrfach das im Jahr 1990 von alternativen und linken Jugendlichen aufgebaute soziokulturelle Zentrum ZORA mit Baseballschlägern, Brandflaschen und Rauchgas an. Mitte der 1990er Jahre förderte die Stadtverwaltung die Einrichtung der „Puppenbühne“, ein Jugendclub für rechte Skinheads und Neonazis, in dem ein Sozialarbeiter und eine Sozialarbeiterin nach dem Konzept der „akzeptierenden Sozialarbeit“ arbeiteten. 1997 wurde die „Puppenbühne“ geschlossen; nach Einschätzung von MitarbeiterInnen der Kommune hatte das Konzept der „akzeptierenden Sozialarbeit“ vor allem zu einer Verfestigung rechter Strukturen geführt.

Für die Halberstädter Öffentlichkeit und Verwaltung schien sich Ende der 1990er Jahre trotzdem ein Rückgang rechtsextremer Gewalttaten anzukündigen. Übersehen wurde dabei, dass einzelne Gruppen von rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen rings um ihre Treffpunkte mit Gewalttaten auffielen. So recherchierte die Mobile Opferberatung im August 2003, dass in der Halberstädter Unterstadt im September und November 1999 sechs jugendliche rechtsextreme Skinheads mehrmals Menschen u.a. mit Stahlrohren und Baseballschlägern zusammen geschlagen hatten. Die Opfer wurden zum Teil wahllos ausgesucht und trugen schwere Verletzungen davon, an deren Spätfolgen sie teilweise für den Rest ihres Lebens leiden müssen. So lag ein 29-Jähriger nach einem Angriff am 24. September 1999 sechs Tage lang im Koma. Ein 22-Jähriger, der am 5. November 1999 an einer Straßenbahnhaltestelle in Halberstadt von einer Naziskin-Gruppe niedergeschlagen wurde, musste mit lebensbedrohlichen Kopfverletzungen stationär behandelt werden. Zwar hatten die Opfer ihre Angreifer als rechtsextreme Skinheads beschrieben, doch in der öffentlichen Wahrnehmung galt die so genannte „Ententeich-Bande“ als eine von vielen „Jugendbanden“ ohne politischen Hintergrund und rechts-extremen Einstellungen.

Zu Jahresbeginn 2003 eröffnete in Halberstadt ein Ladengeschäft namens „Ragnaröck“, in dem Kleidungs- und sonstige Accessoires für den rechten Lifestyle erworben werden können. Seit der Eröffnung des Ladens registrieren BeobachterInnen einen Anstieg rechter Organisierung. Fester Bestandteil der extrem rechten Szene Halberstadts war nach Einschätzung des ReferentInnen-Teams von Miteinander e.V. und des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt zudem die neonazistische Musikgruppe „SSA - Skinheads Sachsen Anhalt“, deren zwei Tonträger seit dem Jahresende 2003 indiziert sind und die einen weiteren Kristallisationspunkt für die örtliche extreme Rechte darstellt.

ZORA braucht Unterstützung

Das soziokulturelle Zentrum ZORA in Halberstadt ist eines der wenigen nicht-rechten Kulturprojekte in der Harzregion, wo seit über einem Jahrzehnt alternative und nicht-rechte Jugendkulturen gefördert und Räume für vielfältige Aktivitäten geboten werden. (<http://www.zora.de>) Im Café International in der ZORA treffen sich beispielsweise Flüchtlinge aus der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZaSt) in Halberstadt und Asylsuchende aus Heimen der Umgebung mit BesucherInnen der ZORA und BeraterInnen.

Brutale Angriffe von Rechtsextremisten hat es in der Geschichte der ZORA oft gegeben; doch nicht nur die Gewalt von Rechts stellt eine Bedrohung für das soziokulturelle Zentrum und seine BesucherInnen dar. Existenziell gefährdet wird die Arbeit in der ZORA derzeit durch kommunale und landespolitische Sparmaßnahmen. Dabei sollten die verantwortlichen KommunalpolitikerInnen wissen, dass die Mittelkürzungen von Seiten der extremen Rechten als nachträglicher Erfolg ihrer Angriffe gewertet wird. Die Mobile Opferberatung betont daher: „Es ist wichtig, dass Kommunalpolitiker und Verantwortliche öffentlich gegen rechte Gewalt und Rechtsextremismus Stellung beziehen. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass dies aber auch die materielle Unterstützung für die Betroffenen beinhalten muss.“

23. Januar/Dessau:

Im Fußgängertunnel am Hauptbahnhof werden zwei Jugendliche aus der Skater-Szene von vier Neonazis angegriffen. Beim Weggehen lassen die Täter u.a ein Hitler-Bild zurück. Wenig später greifen drei Neonazis aus der selben Gruppe am Tunnelausgang fünf Jugendliche an. Die Opfer werden geschlagen, zwei Betroffenen die Stiefel geraubt.

Die selben Neonazis greifen später weitere alternative Jugendliche an, die sich in ein Lokal im UCI-Komplex flüchten können. Dort können sie die Polizei informieren, müssen dann aber das Lokal verlassen. Die Opfer fliehen, von den Neonazis beobachtet, in das UCI. Vor den Augen von UCI-Mitarbeitern schlägt einer der Neonazis einem Punk ins Gesicht. Die verständigte Polizei weigert sich, die Personalien der Betroffenen aufzunehmen.

24. Januar/Magdeburg:

Ein 21-jähriger Asylbewerber aus Sierra Leone wird in einer Straßenbahn von zwei Männern rassistisch beleidigt und mit einer Bierflasche am Kopf verletzt. Die Polizei nimmt zwei 18 und 26 Jahre alte Männer fest. Das verletzte Opfer wird in Handschellen aufs Polizeirevier gebracht. Später entschuldigen sich die Polizeibeamten bei dem 21-Jährigen.

26. Januar/Dessau:

Ein 10-Jähriger mit Che-Guevara-T-Shirt wird in der Schule von einem drei bis vier Jahre älteren Schüler angepöbelt und geschlagen.

26. Januar/Dessau:

Eine Gruppe von ca. sieben Neonazis bedrohen in einer Kaufland-Filiale zwei Männer afrikanischer Herkunft und zwei weitere Nichtdeutsche. Das Security-Personal des Supermarkts greift ein und verständigt die Polizei. Gegen Abend pöbelt eine ca. zwölköpfige Gruppe vor dem Supermarkt Passanten an. Ein Mann aus der Gruppe versucht einem vorbeikommenden Jugendlichen aus der Hip-Hop-Szene ins Gesicht zu schlagen, ist aber zu betrunken, um zu treffen.

26. Januar/Dessau:

Drei Rechte bedrohen im Hauptbahnhof einen Asylbewerber aus Burkina Faso. Ein Angestellter eines Zeitungsladens bietet dem Betroffenen Schutz. Er verständigt die Polizei.

27. Januar/Dessau:

Am Rathaus wird eine 15-Jährige von zwei Rechtsextremen bedroht. Ein Taxifahrer greift ein. In den nächsten Tagen wird die Betroffene noch mehrfach angepöbelt. Sie stellt Strafanzeige.

Rechte Gewalt bleibt auf hohem Niveau

Statistische Erhebung der Beratungsstellen für das Jahr 2003

Die Beratungsstellen für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten in den neuen Ländern und Berlin verzeichneten im Jahr 2003 551 rechts-extreme Angriffe. Die Zahl der registrierten Gewalttaten stieg im Vergleich zum Vorjahr an – und liegt deutlich über den vorläufigen Zahlen des Bundesinnenministeriums.

„Das Ausmaß rechter Gewalt hat sich auf einem erschreckend hohem Niveau eingeepegelt“, zieht Dominique John, Koordinator der Opferberatungsstellen, ernüchtert Bilanz. Wie die Projekte Ende Januar bekannt gaben, registrierten sie im Jahr 2003 alleine in Berlin und den neuen Bundesländern insgesamt 551 rechtsextreme Angriffe. Davon waren 808 Personen in unterschiedlicher Intensität direkt betroffen. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle handelte es sich um Körperverletzungsdelikte (62%) sowie Nötigungs- und Bedrohungsdelikte (16%). Wie die Opferberatungsstellen betonten, geben diesen Zahlen lediglich die Fälle rechter Gewalt wieder, die von den MitarbeiterInnen der einzelnen Projekte recherchiert werden konnten. Das reale Ausmaß rechter Gewalt dürfte ihrer Erfahrung nach weit höher sein.

Mehr als 800 Opfer rechter Gewalt

Die meisten Gewalttaten ereigneten sich nach Beobachtungen der Beratungseinrichtungen in Sachsen (141). In Brandenburg wurden 116 rechtsextreme Angriffe registriert, in Thüringen 91. In Berlin erlangten OpferberaterInnen von 73 rechten Angriffen Kenntnis, in Sachsen-Anhalt von 66 und in Mecklenburg-Vorpommern von 64. Die Zahlen der Beratungsstellen stehen in deutlichem Widerspruch zur vorläufigen Jahresstatistik des Bundesinnenministeriums, die die „Frankfurter Rundschau“ Anfang Februar veröffentlichte. Während die Beratungsstellen alleine im Osten Deutschlands und Berlin 551 rechte Angriffe registrierten, spricht das Bundesinnenministerium für das Jahr 2003 von lediglich 546 rechts-extremistischen Gewalttaten im gesamten Bundesgebiet.

Insgesamt 782 Opfer einer rechtsextremen Gewalttat wurden im Jahr 2003 von den acht Beratungsstellen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin betreut. Dabei handelte es sich um 657 Männer und 125 Frauen. Dass knapp 85 Prozent der Opfer Männer sind, dürfte unmittelbar mit chauvinistischen Einstellungsmustern von Rechten zu tun haben. Eine Rolle spielt dabei aber auch, dass insgesamt mehr als 40 Prozent der direkten Opfer Flüchtlinge sind, eine gesellschaftliche Minderheit, die sich auf Grund der Fluchtbedingungen überwiegend aus Männern zusammensetzt. Unterstützung und Hilfe erhielten ebenfalls 429 Personen als Angehörige, FreundInnen oder ZeugInnen eines unmittelbar Betroffenen bzw. einer rechtsextremen Gewalttat. Damit haben im Jahr 2003 die von CIVITAS geförderten Opferberatungsstellen 1.211 Klienten beraten.

Keine Entwarnung

Flüchtlinge, MigrantInnen und AussiedlerInnen, die aus einem rassistischen Tatmotiv angegriffen wurden, stellten mit 407 Personen das Gros der direkten Gewaltopfer, die von den Beratungsstellen betreut wurden. Wie die Zahlen der Beratungsstellen zudem belegen, werden auch nicht-rechte Jugendlichen in hohem Maße zum Ziel rechter Schläger. Jugendliche, die sich selbst einem alternativen Milieu zurechnen, stellen die zweitgrößte Opfergruppe (269). In 66 Fällen richtete sich die Gewalt rechtsextremer Täter zudem gegen politisch Aktive und in 20 Fällen gegen Menschen mit Behinderungen.

Von Entwarnung oder einem Rückgang rechter Gewalt kann nicht die Rede sein: Den 2003 registrierten 551 Angriffe standen 2002 522 Angriffe gegenüber, von denen die Beratungsstellen erfahren hatten. „Vor diesem Hintergrund zeigt sich“, so Dominique John, „wie notwendig die Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt ist. Das partielle Eintreten für die Opfer bleibt auf absehbare Zeit unerlässlich.“

Beratung im Sinne der Opfer rechter Gewalt

Mehr als 80 Personen konnte in Sachsen-Anhalt im letzten Jahr geholfen werden

Die Mobile Beratungsstelle für rechtsextreme Gewalt und ihr Kooperationspartner, die Beratungsstelle für Opfer und potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt in Dessau, erhielten im Jahr 2003 von insgesamt 66 Fällen rechtsextremistisch bzw. rassistisch motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt Kenntnis, von denen mindestens 107 Menschen direkt betroffen waren. Überwiegend handelte es sich dabei um Körperverletzungsdelikte. Die Gewalt rechter Schläger richtete sich dabei in etwa gleichen Maß gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und AussiedlerInnen, die aus einem rassistischen Tatmotiv angegriffen wurden, wie gegen vorwiegend nicht-rechte Jugendliche, die sich einem alternativen Milieu zurechnen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Zahlen nicht das reale Ausmaß rechter Gewalt im Land wiedergeben, handelt es sich hierbei doch nur um diejenigen Gewalttaten, die die Mobile Beratungsstelle und ihr Kooperationspartner recherchieren konnten. Den BeraterInnen der Mobilen Opferberatung sind auf Grund der Unterschiedlichkeit der einzelnen Fälle – der Betroffenen, der Tatumstände, der Tatfolgen und Tatbeteiligten – mit vielfältigen Anforderungen konfrontiert.

Ein anderer Ort zum Leben

So erfuhr die Mobile Opferberatung beispielsweise am 31. Dezember 2002 durch eine Pressemeldung von einem schweren Angriff auf einen Angehörigen der Punk-Szene in Sangerhausen. Durch intensive Nachforschungen konnte ein direkter Kontakt zu dem 24-jährigen W. hergestellt werden. Am 17. Januar 2003 suchte eine Beraterin den Betroffenen auf. Der 24-Jährige litt knapp drei Wochen nach dem Angriff sichtlich an den körperlichen und psychischen Folgen der Tat. Die Polizei rekonstruierte später, dass sechs Angreifer mit ihren Stahlkappen bewehrten Springerstiefeln gleichzeitig und mehrfach auf W. eingetreten hatten. Den schwer verletzten W.

ließen die Angreifer bewusstlos in seiner Wohnung zurück. Der 24-Jährige musste mit lebensgefährlichen Verletzungen stationär behandelt werden.

Bereits im Erstgespräch formulierte W. den dringenden Wunsch nach einem Wohnortwechsel. Er fühlte sich akut verfolgt und in der Kleinstadt mit 24.000 EinwohnerInnen nirgendwo mehr sicher. Gemeinsam wurden bestehende Möglichkeiten erörtert, an deren Ende sich W. für einen Umzug in eine größere Stadt entschied. Da dieser Wohnortwechsel nicht sofort umgesetzt werden konnte, suchte die Opferberaterin nach einer vorübergehenden Wohnmöglichkeit. Die Beraterin gab zudem Hilfestellungen beim Antrag auf Entschädigungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz und einem Fond der Bundesanwaltschaft. Auch beriet sie den jungen Mann bezüglich einer geeigneten anwaltlichen Vertretung. Nachdem W. Vertrauen zur Opferberaterin der regionalen Anlaufstelle Süd gefasst hatte, wurde deutlich, dass er weitergehende Unterstützung beim Umgang mit Behörden benötigte. W. bat die Opferberaterin, ihn bei den Verhandlungen u.a. mit der Sangerhausener Wohnungsbau-gesellschaft beizustehen, um eine vorzeitige Auflösung des Mietvertrags zu erreichen.

Als im Juli 2003 der Prozess gegen zunächst sieben Angeklagte im Alter zwischen 17 und 27 Jahren vor dem Landgericht Halle stattfand, konnte W. durch eine Nebenklagevertreterin aktiv die Verhandlung mitgestalten. Die Beraterin organisierte zudem eine kontinuierliche und parteiische Unterstützung des Betroffenen während der gesamten Verhandlung. Für den 24-Jährigen war es eine besondere Enttäuschung, dass das Gericht es ablehnte, die Anklage auf versuchten Totschlag abzuändern. Auch die Tatsache, dass die politische Organisation der Angreifer sowie die rechtsextreme Gegnerschaft gegen

29. Januar/Dessau:

Im Stadtteil Klein-Kühnau beobachten Passanten, wie nachmittags an einer Bushaltestelle ein Obdachloser von zwei offensichtlich Rechten zusammengeschlagen wird.

30. Januar/Bitterfeld:

Ein alternativer 19-Jähriger wird gegen 22 Uhr am Bahnhof von einem Neonazi in Anwesenheit von fünf weiteren Rechten zusammengeschlagen.

31. Januar/Loburg

(Landkreis Anhalt-Zerbst): Ein 20-jährigen Punk wird von sieben Neonazis gezwungen, seine Hand auf den Bordstein zu legen, um daraufhin mehrmals zu zutreten. Das Opfer kann schließlich fliehen.

1. Februar/Dessau:

Am UCI-Kinokomplex werden mehrere alternative Jugendliche aus Gräfenhainichen von einer Gruppe von 10 bis 15 verummten Neonazis malträtiert. Die Rechtsextremisten beleidigen und stoßen die Opfer herum und schlagen einem jungen Mann mit einem Baseballschläger in den Unterleib. Ein vorbeifahrendes Polizeiauto hält nicht an.

1. Februar/Dessau:

Gegen 3 Uhr nachts wird eine Gruppe von neun alternativen Jugendlichen in der Vorhalle des Dessauer Hauptbahnhofs von etwa 10 bis 15 augenscheinlich Rechts-extremen brutal angegriffen. Vermummt und mit Baseballschläger und Eisenstangen bewaffnet, stürmen die Angreifer auf die 13- bis 17-Jährigen los. Zwei Betroffene müssen mit Kopfverletzungen stationär, zwei weitere Betroffene ambulant behandelt werden.

6. Februar/Bernburg:

Gegen 1 Uhr nachts greifen drei Rechte einen 42-jährigen Passanten an. Die drei Angreifer schlugen und traten so massiv auf ihr Opfer ein, dass der Mann mit einem Lungenriss, Kopfverletzungen und Nierenblutungen stationär behandelt werden muss. Die Polizei in Bernburg sieht keinen rechten Hintergrund, obwohl ein 20-jährige Angreifer polizeibekannter Nazi ist.

26. Februar/Halle:

Zwei Naziskinheads greifen einen kongolesischen Mann in einem Supermarkt in der Innenstadt an. Nach anfänglichen Beleidigungen schlagen sie mit Fäusten auf den Migranten ein und sprühen ihm Pfeffergas in die Augen. Der Kongolese wehrt sich und schlägt einem Angreifer mit einer Flasche auf den Kopf. Erst jetzt greift der Wachschutz des Supermarktes ein. Er erteilt dem Mann aus dem Kongo Hausverbot.

Punks als Tatmotiv für den Angriff weder für das Gericht noch die Staatsanwaltschaft eine Rolle spielten, war für W. niederschmetternd. Dabei gaben die Angeklagten offen zu, dass sie wenige Wochen vor der Tat an einem Aufmarsch der NPD in Merseburg teilgenommen hatten. Die teilweise wegen Gewaltdelikten vorbestraften Angeklagten räumten auch ihre Zugehörigkeit zu der rechten Bruderschaft „Odin“ ein. Am 10. Juli 2003 verurteilte das Landgericht vier der Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb Jahren und 20 Monaten Jugendhaft auf Bewährung. Über seine Nebenklagevertreterin legte W. Revision gegen das Urteil ein. Das Gericht hatte zuvor die Verhandlung gegen den 17-jährigen mutmaßlichen Haupttäter und zwei weitere Heranwachsende abgetrennt. Hier wartet W. noch immer auf die Eröffnung der Hauptverhandlung.

Eine weitergehende Intervention in Sangerhausen, wo sich eine starke jugendkulturell verankerte rechtsextreme Szene mit organisierten Kameradschaften mit überregionalen Kontakten mischt, erwies sich als schwierig. Letztendlich fühlt sich die kleine Gruppe alternativer Jugendlicher vor Ort so minoritär und abgeschnitten von gesellschaftlicher Unterstützung, dass selbst der von ihr geäußerte Wunsch, eine Demonstration gegen Rechtsextremismus durchzuführen, nicht umgesetzt werden konnte.

Magdeburg – Ohnmacht im öffentlichen Raum

Am 4. April 2003 wurden zwei afrikanische Männer an einer Straßenbahnhaltestelle in Magdeburg von einen 17-Jährigen und einen 23-Jährigen angegriffen. Die Polizei konnte die beiden Täter noch vor Ort festnehmen. Der Berater der Mobilien Beratung Mitte recherchierte auf Grund einer Zeitungsmeldung in den Flüchtlingswohnheimen in Magdeburg nach den beiden Opfern. Durch das Netzwerk, das die Mobile Opferberatung in Magdeburg seit Projektbeginn aufgebaut hat, konnte einige Tage später Kontakt zu dem 18-jährigen Flüchtling Herrn M. aus Burkina Faso und Herrn S. von der Elfenbeinküste, 30 Jahre alt und Vater einer 16 Monate alten afrodeutschen Tochter, hergestellt werden.

Im Erstgespräch schilderten beide Betroffene den Tathergang. Während Herr S. mit seiner Tochter und Herrn M. auf eine Straßenbahn wartete, verließen zwei Männer einen in der Nähe anhaltenden Bus, die in der Wahrnehmung von Herrn S. „plötzlich vor mir standen und mir Zigarettenrauch ins Gesicht bliesen“. Auf die Frage von Herrn S., was das solle, antworteten beide Männer mit rassistischen Beschimpfungen. Eine ältere Passantin bot Herrn S. in dieser Situation ihre Hilfe an und nahm seine Tochter zur Seite. Einer der Angreifer nutzte den Moment der Ablenkung aus und versetzte Herrn S. einen Schlag gegen den Kopf. Der andere Täter begann auf Herrn S. einzutreten. Während Herr S. sich gegen die Schläge wehrte, wollte ihm sein Freund Herr M. zur Hilfe kommen. Als er sich den Tätern näherte, wurde er mit einer Bierflasche beworfen. Anschließend zogen die Angreifer eine Gaspistole und trafen Herrn S. an der rechten Schulter.

Nach der Erstberatung entschieden sich beide Betroffene, Anzeige gegen die Täter zu stellen. Sie baten den Berater der Anlaufstelle Mitte um eine Begleitung bei der Anzeigenerstattung und beim Arztbesuch. Der Arzt stellte bei Herrn M. eine Kopfverletzung durch den Flaschenwurf fest und bei Herrn S. ein Schädelhirntrauma. Herr S. hatte sich unmittelbar nach dem Angriff wegen seiner mangelnden Deutschkenntnisse nicht in medizinische Behandlung begeben. Erst als der Berater ihm seine Begleitung angeboten hatte, sprach Herr S. über die anhaltenden Kopfschmerzen, unter denen er seit dem Angriff litt. Der Berater schaltete sich auch ein, um die Kostenfrage der verordneten Schmerzmittel zwischen Sozialamt und Ausländerbehörde abzuklären. Nachdem die körperlichen Folgen des Angriffs abgeklungen waren, bat Herr S. auch um Begleitung zu einem Rechtsanwalt, den er nach dem Erstberatungsgespräch kontaktiert hatte. Bislang ist es nicht zu einem Prozess gegen die beiden Tatverdächtigen gekommen.

„Dass ein Mann niedergestochen wurde, hat viele erschüttert“

Zur Situation in Quedlinburg nach dem Messerangriff auf einen Punk Ende Februar

Am 28. Februar attackierte in Quedlinburg der stadtbekannteste Rechte Danilo K. einen 17-jährigen Punk. Zuerst schlug der Angreifer seinem Opfer ins Gesicht, dann zückte er ein Messer und stach zu. Dass Michael T. diesen Angriff überlebte, war lediglich einem glücklichen Umstand geschuldet: Die Klinge des Messers prallte an einer Rippe ab. In den Wochen zuvor hatte Danilo K. sein Opfer schon mehrfach angegriffen. Der verletzte Jugendliche musste mehrere Tage stationär behandelt werden. Obwohl die Polizei über den Vorfall unterrichtet war, sah sie keinen Grund den Täter festzunehmen. Wenige Stunden später drangen Danilo K. und zwei Begleiter in das Klinikum Quedlinburg ein. Auf der Suche nach dem verletzten Opfer bedrohten sie das Klinikpersonal, dem es allerdings gelang, die Polizei zu informieren. Nach einer kurzen Identitätsfeststellung, bei der ein Totschläger mit Hakenkreuz beschlagnahmt wurde, wurden die Rechten wieder auf freien Fuß gesetzt. Zwei Tage später randalierten Danilo K. und sein Freund Ronny T. vor einem Haus, in der sich eine alternative Wohngemeinschaft befindet. Erst nach diesem dritten bewaffneten Angriff innerhalb von 48 Stunden beantragte die Staatsanwaltschaft Halberstadt Haftbefehle. Allerdings setzte das Amtsgericht den Haftbefehl gegen Ronny T. gegen Auflagen außer Vollzug. Wir sprachen über die Situation in Quedlinburg mit Anja Götz, Koordinatorin der Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Dachverein Reichenstraße.

Frau Götz, wie bewerten Sie das Verhalten der Polizei?

Das Verhalten der Polizei kann man nur als sehr fahrlässig bezeichnen. Erst lassen sie den Täter zwei Mal laufen, dann sind sie sich bis dato nicht sicher, ob sie den Messerangriff nun als Körperverletzung oder als Tötungsversuch bewerten sollen. Auch die Pressemitteilungen der Polizei sind sehr pauschal gehalten. Obwohl ein Schlagring mit Hakenkreuz bei Danilo K. gefunden wurde und es zudem polizeibekannt ist, dass er zur rechten Szene in Quedlinburg gehört, sprechen die Ermittlungsbehörden nur von „mutmaßlichen Rechtsradikalen“.

Gibt es eine aktive rechte Szene in Quedlinburg?

Seit 1992, als hier ein Asylbewerberheim angegriffen wurde, gibt es in Quedlinburg eigentlich regelmäßig rechte Angriffe auf linksorientierte Jugendliche. Nachdem 1994 der mittlerweile aus der NPD ausgeschlossene Neonazi-Kader Steffen Hupka in die Stadt gezogen war, traten die Rechten organisierter auf. Es wurde auch eine Kameradschaften gebildet. In dieser Zeit kam es hier regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendlichen. Die Situation hat sich dann nach dem Wegzug von Hupka 1996 etwas beruhigt. Aber nichtsdestotrotz gibt es weiterhin regelmäßig Angriffe von Rechten auf linke, alternative oder anders aussehende Menschen in Quedlinburg. Die rechte Gewalt ist hier ein Alltagsphänomen.

Wie hat man in der Stadt auf den Messerangriff reagiert?

Dass ein junger Mann niedergestochen wurde, hat viele erschüttert – auch die Verantwortlichen in der Stadt. Ich habe mit dem Stadtjugendpfleger gesprochen, der zwar um das Problem rechter Gewalt weiß, doch wie weit inzwischen die Hemmschwelle gesunken ist, das war selbst ihm nicht bewusst. Aber man muss auch sagen, dass generell der politische Hintergrund der Tat verdrängt wird. Zwar wissen alle, dass es hier rechte Gewalttäter gibt, dem Problem will man sich aber lieber nicht stellen. Dass es eine rechte Kameradschaften in Quedlinburg gibt, will man nicht wahrhaben. Und man fragt sich auch nicht, welche Motivation hinter einem solchen Angriff steckt. Oft wird das immer noch als Gewalt zwischen Jugendgruppen abgetan, anstatt intensiv darüber nachzudenken, wie man gegen rechte Gewalt vorgehen könnte. Das ist das Problem. Hinzukommt der unterschwellige Rassismus vieler Bürger, dieser unterschwellig gesellschaftsfähig gewordene Rassismus – nicht nur in Quedlinburg. Dem muss etwas entgegengesetzt werden.

28. Februar/ Lindhorst

bei Wolmirstedt: Bei einem Konzert zu Gunsten eines alternativen Hausprojekts in Magdeburg greifen Neonazis Besucher an, die zuvor einen Rechten des Saals verwiesen haben. Im Lauf des Abends kommt es noch zu zwei weiteren Konfrontationen mit Neonazis. Die Polizei, die nur widerwillig vor Ort erscheint, nimmt Anzeigen wegen Körperverletzung und Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen entgegen, spricht aber keine Platzverweise gegen die Rechten aus. Stattdessen schikaniert sie bei ihrem letzten Einsatz die Veranstalter.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de findet sich eine ausführliche Fassung der Chronik, die ständig aktualisiert wird.

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt
c/o Miteinander e.V.

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0381/5 44 67 11

opferberatung.md
@miteinander-ev.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de
Ralf Mueller v.d. Haegen

Nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Landeskonzferenz des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in Halberstadt

Im Jahr 2000 erschütterte der rassistische Mord an Alberto Adriano in Dessau die Republik und führte zur einer intensiven Diskussion über Rechtsextremismus. Als Antwort auf diese Debatte legte die Bundesregierung 2001 das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ auf. Bekannt geworden ist es durch drei Förderprogramme: CIVITAS, entimon und Xenos. In Sachsen-Anhalt arbeiten mit deren Unterstützung derzeit mehr als 30 Projekte. Doch was haben diese Projekte erreicht? Welche Ansätze haben sich bewährt? Wie können Konzepte fachlich weiter entwickelt werden? Und welche Perspektiven haben die Projekte? Diesen Fragen widmet sich eine Landeskonzferenz, die vom 9. bis 11. Juni 2004 in Halberstadt stattfindet.

Am ersten Tag nehmen bekannte Wissenschaftler wie der Bielefelder Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer und der Magdeburger Sozialwissenschaftler Roland Roth eine Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Bedingungen für die Programme und deren Wirkung aus wissenschaftlicher Sicht vor. Ein prominent besetztes Podium diskutiert anschließend eine Bewertung des Bundesprogramms und mögliche Weiterführungsperspektiven. Ihr Kommen haben u.a. die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Christel Riemann-Hanewinkel (SPD) sowie die Landtagsabgeordnete Lydia Hüskens (FDP) und Marco Tullner (CDU) zugesagt.

Der zweite Tag wird neue Impulse für eine fachliche Diskussion setzen. Eckhardt Osborg von der Universität Hamburg stellt sein Konzept der „subversiven Verunsicherungspädagogik“ im Umgang mit rechten Jugendlichen vor; Silke Baer und Peer Wiechmann vom Archiv der Jugendkulturen loten aus, in wie weit alternative Jugendkulturen wirksam in die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus eingebunden werden können. Die Projekte „Ghetto 2004“ und „Heimat in Brandenburg“ zeigen,

in welcher Weise sie den Heimatbegriff für ihre pädagogische Arbeit nutzen. Der Workshop „Gut beraten, schlecht beraten“ wagt den Vergleich zwischen opfer- und täterorientierten Beratungstätigkeit, die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt und das Projekt „Wege aus der rechten Szene“ der Arbeitsstelle Rechts extremismus in Braunschweig erläutern ihre jeweiligen Beratungsansätze. Weitere Workshops stellen interkulturelle bzw. theaterpädagogische Bildungsmethoden vor. Am Freitag bieten ExpertInnen aus der Projektlandschaft Fortbildungen zu „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Fundraising“ an. Kulturelle Beiträge vom DOMINO-Aktionstheater und von „Ghetto 2004“ runden das Programm ab. Miteinander e.V. veranstaltet diese Tagung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Sie wird aus Mitteln des Bundesprogramms CIVITAS gefördert.

Anmeldungen, Informationen über das Tagungsprogramm und Texte zu den Workshops:

www.servicestelle-miteinander.de und www.miteinander-ev.de

Über diesen Newsletter:

Die „Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ erscheinen sechs Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „Informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „Informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Info-Tour der Mobilen Opferberatung

Eine Info-Tour mit dem Workshop „Informationen gegen Rechts – gemeinsam mit den Betroffenen rechter Gewalt aktiv werden“ veranstaltet die Mobile Opferberatung in diesem Jahr in Sachsen-Anhalt. Schwerpunkt ist die Vorstellung des Projektkonzepts. Weitere Bausteine des Workshops beschäftigen sich – je nach vorher angemeldetem Interesse – mit unterschiedlichen Aspekten von Rechtsextremismus. ExpertInnen vom ReferentInnen-Team des Vereins Miteinander e.V. sowie ReferentInnen von Kooperationspartnern wie dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. informieren über regionale und überregionale Entwicklungen in der extremen Rechten.

Die Info-Tour wird gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung. Los geht es am 31. April in Dessau. Weitere Termine und Veranstaltungsorte finden sich unter:

www.mobile-opferberatung.de/veranstaltungen

Anfragen für Info-Tour-Termine oder Veranstaltungen mit einzelnen Workshop-Elementen in Eurem/Ihrem Ort können jederzeit telefonisch oder per E-mail an die Mobile Opferberatung gestellt werden.

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit der Mobilen Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen. Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung (bitte angeben)